

ERWIDERUNG MONA KÜPPERS

Empfang des DF durch den Bundespräsidenten am 6.3.2020 anlässlich des Internationalen Frauentags 2020

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

sehr geehrte Frau Büdenbender,

liebe Mitstreiterinnen, Führungsfrauen unserer Mitgliedsverbände,

im Namen des Deutschen Frauenrats bedanke ich mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Bundespräsident, für diese Einladung. Dies ist eine Premiere! Fast 70 Jahre alt musste die Lobby der Frauen werden, um zum ersten Mal im großen Stil vom ersten Mann im Staate empfangen.

Dies zeigt symbolisch die wachsende Geltung von Frauen insbesondere auch im politischen Raum. Und wenn Sie sich nun im Raum umschaun, Herr Bundespräsident, dann sehen Sie hier wunderbare Frauen, stellvertretend für unsere 12 Millionen Mitglieder, Frauen, die es in ihrer DNA haben, für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen zu streiten. Es ist das Erbe unserer Vorfürinnen: Es war, ist und bleibt ein langsamer und mühsamer Prozess.

Und deswegen möchte ich heute laut und deutlich sagen: Genug ist genug!

Es muss genug sein damit, dass wir für ein verfassungsgemäßes Recht immer noch kämpfen müssen, nein es muss vor allem genug damit sein, dass wir dafür im besten Fall belächelt werden, im schlimmsten und leider nicht seltenen Fall übler Gewalt ausgesetzt sind. Gewalt - und hier spüren sie meine Hilflosigkeit, aber auch meine Wut – Gewalt, die feige Menschen anonym über das Internet gegen uns verbreiten. Gegen uns, die wir nichts anderes wollen, als das, was so wunderschön in unserem Grundgesetz steht: gleiches Recht! Es muss genug damit sein, dass sich Menschen hinter interessant klingenden Wortneuschöpfungen wie Mansplaining verstecken. Für mich heißt das Wort ganz einfach: Frauenhass, Frauenfeindlichkeit.

Und es muss genug damit sein, dass wir Frauen fast immer allein für unser Recht kämpfen. Da wird das Wort Demokratie irgendwie falsch verstanden! Über Jahrzehnte haben Politikerinnen aller demokratischen Parteien in Bundestag und Bundeskabinett unerschütterlich und zielstrebig das Terrain erobert. Ein Terrain, von dem aus wir seit über einem Jahr unsere Kampagne #MehrFrauenindieParlamente führen – mit der wir Geschlechterparität im Bundestag, in den Landtagen und allen kommunalen Parlamenten erzielen wollen. Und ich frage Sie, ich frage uns alle: Warum lässt sich diese Parität nicht gesetzlich verbindlich für alle Parteien machen? Durch eine entsprechende Regelung in der kommenden Wahlrechtsreform? Wir sind enttäuscht, nein, wir sind regelrecht frustriert, dass es dafür bislang keinen mehrheitsfähigen Entwurf im Bundestag gibt. Worauf warten wir? Warum ist unser Land nicht einmal zu einer solch bescheidenen Modernisierung fähig? Sie ist doch überlebensnotwendig!

Autoritäre Führer und ihre Bewegungen haben unserer freiheitlichen Gesellschaft den Kampf angesagt – von außen und innen. Ihre Zerstörungslust speist sich aus nationalchauvinistischen, rassistischen Ressentiments – und immer aus Frauenfeindlichkeit. Diese Ressentiments, immer vom Wahn männlicher Überlegenheit beherrscht, verbreiten sich mit rasanter Geschwindigkeit. Sie vergiften unsere Gesellschaften. Und sie potenzieren die Gefahrenlage für Verteidiger*innen von Demokratie, von Frauen- und Menschenrechten.

Der antidemokratische, menschenfeindliche Diskurs verschiebt die Grenzen des politisch Sag- und vor allem auch Machbaren weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Und dagegen können wir uns nur schützen mit einem neuen Bündnis der demokratischen Vernunft. Dieses Bündnis muss auf der Gleichwertigkeit und der Gleichberechtigung aller beruhen. Es muss über politische Differenzen hinweg klare Kante gegenüber jedweden Demokratiezerstörer*innen zeigen. Als Anwältinnen für Frauenrechte und Gleichstellung sind wir als Bündnispartnerinnen dabei. Denn wir kämpfen immer schon gegen zerstörerische Männlichkeit und für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander.

Bundesaußenminister Heiko Maas sagte in seiner Ansprache zur Weltfrauentagsfeier am 3. März in seinem Haus: Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist mehr als eine demokratische Selbstverständlichkeit; sie ist ein Akt der politischen und ökonomischen Vernunft. Wir sagen: Geschlechtergerechtigkeit ist die Voraussetzung für eine freiheitliche Demokratie. Sie schützt vor patriarchalen Rückschlägen und vor Extremismus.

Vielen Dank!

Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats